WER IST UND WAS WILL BDS?

Eine Handreichung zur antiisraelischen Boykottbewegung

bildungsstätte anne frank

Über die Bedeutung und Einschätzung der BDS-Bewegung wird seit Jahren heftig gestritten. Der Bundestag hat sie 2019 in einem Beschluss als antisemitisch bezeichnet, zahlreiche Institutionen, vor allem aus dem Kunst- und Kulturbetrieb kritisierten diese Einschätzung. Der Vorwurf, BDS zu unterstützen, oder auch nur "BDS-nah" oder "BDS-Verteidiger*in" zu sein, war in der Vergangenheit immer wieder Anlass für Debatten über Antisemitismus – wie zuletzt bei der internationalen Kunstaustellung documenta fifteen im Sommer 2022.

Für viele Menschen in Deutschland, die mit BDS oder mit der Debatte darum konfrontiert werden, stellt es eine große Herausforderung dar, sich in diesem komplexen und hochemotional geführten Streit zu orientieren und zu positionieren. Diese kurze Broschüre soll eine kompakte Einstiegshilfe für diejenigen bieten, die sich fragen, was BDS eigentlich ist, was die Kampagne fordert und mit welchen Mitteln sie ihre Forderungen erreichen will.

INHALT

WAS IST BDS?

Seite 6

IST BDS ANTI-SEMITISCH?

Zwei Positionen

Seite 28



Seite 8

FAZIT

Seite 32



- Ökonomischer Boykott
 - Kultureller Boykott
- Akademischer Boykott
- Boykott von Dialog- und Friedensinitiativen

Seite 18

WEITER-FÜHRENDE INFOR-MATIONEN

Seite 34

WAS IST BDS?

BDS, kurz für "Boycott, Divestment, Sanctions" (deutsch: "Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen") ist eine internationale Kampagne, die eigenen Angaben zufolge Israel gewaltlos unter Druck setzen will, um die Menschenrechtslage der Palästinenser*innen zu verbessern.

Gründungsdokument ist ein Aufruf aus dem Jahr 2005, der sich in die Tradition des Kampfes gegen das südafrikanische Apartheidregime stellt. Kern des BDS-Aufrufes, den 172 palästinensische Organisationen unterzeichnet haben, sind drei Forderungen, die im folgenden Abschnitt näher beleuchtet werden.

Seitdem sind zahlreiche internationale, nationale und lokale Ableger der Kampagne entstanden, die ein loses Netzwerk bilden, deren einzige Gemeinsamkeit letztendlich die durchaus sehr unterschiedliche Bezugnahme auf den Aufruf von 2005 darstellt.

Auch wenn BDS als Kampagne zum ersten Mal 2005 in Erscheinung getreten ist, baut sie auf bereits bestehenden Überlegungen und Versuchen auf, Israel durch internationalen Druck zu Zugeständnissen zu zwingen. Beobachter*innen weisen darauf hin, dass die Kampagne in zentralen Punkten an die Inhalte der UN-Antirassismuskonferenz 2001 in Durban und vor allem an das begleitende NGO-Forum anknüpft, bei dem es zahlreiche antiisraelische und zum Teil auch antisemitische Vorfälle gegeben hatte (unter anderem wurden Kopien der "Protokolle der Weisen von Zion" verteilt).

DIE FORDERUNGEN

Der BDS-Aufruf fordert, dass Israel ...



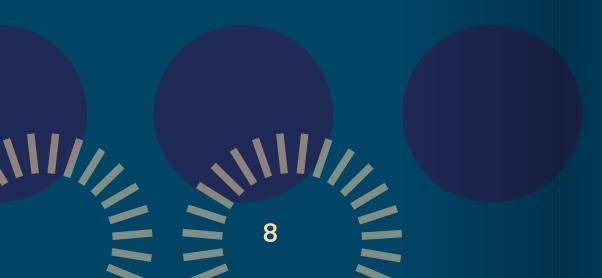
... die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt;

2

... das Grundrecht der arabischpalästinensischen Bürger*innen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt;

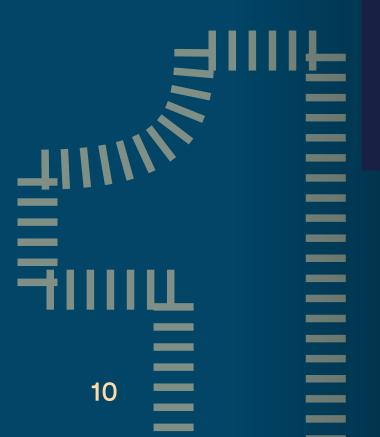
3

... die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert.



1

Der BDS-Aufruf fordert, dass Israel die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt.



Die Formulierung "allen arabischen Landes", lässt unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten zu. Sie kann als Forderung gelesen werden, Israel solle sich aus den 1967 besetzten Gebieten zurückziehen, wie es unter anderem auch in den UN-Sicherheitsrats-Resolutionen 242 und 338 vorgesehen ist. Allerdings lässt sie genauso auch Deutungen zu, wonach die Forderung als Ausdruck eines expliziten Vernichtungswunsches zu verstehen ist, indem der gesamte Staat Israel als besetztes arabisches Land interpretiert und die Forderung erst dann als erfüllt angesehen wird, wenn Israel nicht mehr existiert.

Die Forderung nach dem "Abriss der Mauer", ist aus der Perspektive der Palästinenser*innen nachvollziehbar, vor allem da sie an vielen Stellen weit in das Westjordanland hinein gebaut wurde und für viele Bewohner*innen ein tägliches Hindernis darstellt, das mit entwürdigender Behandlung verbunden ist. Oft wird in diesem Zusammenhang jedoch ausgeblendet, dass die Sperranlage(n) errichtet wurde(n), um Angriffe auf die israelische Zivilbevölkerung zu verhindern.

Diese Unschärfen in der Formulierung sind kein Zufall. Vielmehr erlauben sie, sowohl radikale als auch gemäßigte Positionen anzusprechen. So lange beispielsweise nicht konkretisiert ist, welche Gebiete genau gemeint sind und unter welchen Bedingungen ein israelischer Rückzug stattfinden soll, spielt diese Forderung radikalen Kräften in die Hände – und zwar gleichermaßen jenen, die sich die Vernichtung Israels wünschen, als auch jenen, die jede Kritik an der israelischen Besatzung pauschal als Infragestellung des israelischen Existenzrechts deuten.

Der BDS-Aufruf fordert, dass Israel das Grundrecht der arabisch-palästinensischen Bürger*innen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt.

Diese Forderung bezieht sich auf jene Palästinenser*innen, die die israelische Staatsbürger*innenschaft besitzen. Dass es in Israel historisch und auch aktuell Rassismus und andere Formen von Diskriminierung gegeben hat und gibt, ist unbestreitbar. Das gilt nicht nur für das Verhältnis von jüdischen und arabischen Israelis, sondern beispielsweise auch zwischen Jüdinnen*Juden unterschiedlicher ethnischer Herkunft.

Auch wenn die israelische Unabhängigkeitserklärung allen Bürger*innen rechtliche Gleichheit verspricht, zementieren neuere Gesetze wie das 2018 verabschiedete Nationalstaatsgesetz faktisch eine rechtliche Ungleichbehandlung.¹ Die entsprechenden Regelungen sind auch in Israel heftig umstritten und bilden einen zentralen Punkt im widersprüchlichen Verhältnis zwischen dem jüdischen Charakter des Staates, der sich als Notwendigkeit aus der Bedrohung durch Antisemitismus ergibt, und der rechtlichen Gleichheit und Gleichbehandlung aller Staatsbürger*innen unabhängig ihrer ethnischen Herkunft, wie es zu den Grundprinzipien einer liberalen Demokratie gehört.



So heißt es z.B. im Gesetzestext: "Das Recht auf nationale Selbstbestimmung ist im Staat Israel einzigartig für das jüdische Volk." Und "Der Staat Israel sieht im jüdischen Siedlungsbau einen nationalen Wert." Zudem hält das Gesetz einzig Hebräisch als offizielle Amtssprache fest und räumt Arabisch nur noch einen "Sonderstatus" ein.

3

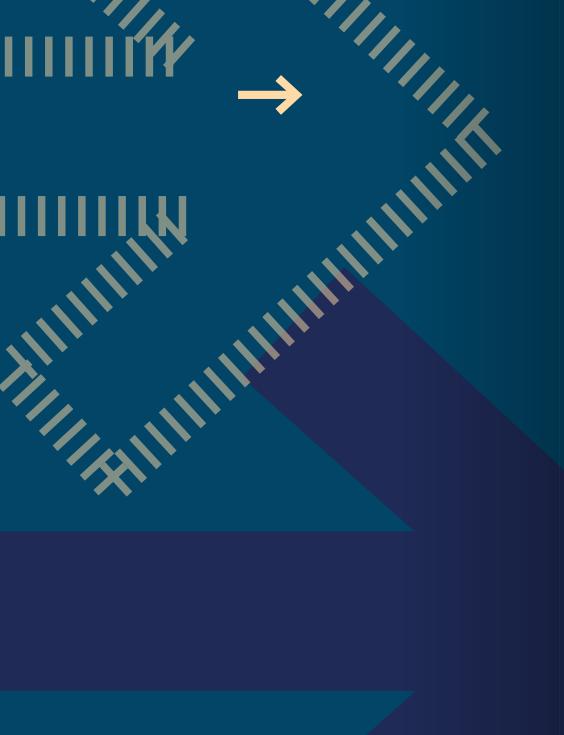
Der BDS-Aufruf fordert, dass Israel die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert. Dieser Forderung liegt ein heute einzigartiger Umstand zugrunde: Anders als bei allen anderen Flüchtlingen der Welt, wird der Status palästinensischer Flüchtlinge auch an ihre Nachkommen vererbt. Daher hat sich die Zahl palästinensischer Flüchtlinge seit 1947–1949 von circa 750.000–850.000 auf schätzungsweise 5,9 Millionen erhöht.²

Die damit einhergehende Rückkehrforderung wird von Israels arabischen Nachbarstaaten (mit Ausnahme Jordaniens) dazu genutzt, geflüchteten Palästinenser*innen und ihren Nachkommen die Integration und die Staatsbürger*innenschaft zu verweigern. In vielen dieser Staaten leben Palästinenser*innen seit Generationen in Flüchtlingslagern und ihnen ist z.T. gesetzlich der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung oder bestimmten Berufen erschwert oder sogar verboten.

Besonders unter diesen Bedingungen sind die Hoffnung oder der Wunsch auf Rückkehr aus Sicht der Palästinenser*innen nachvollziehbar. Die Sorge, dass die Rückkehr von Millionen von arabischen Geflüchteten die demographischen Verhältnisse in Israel schlagartig verändern und damit den jüdischen Charakter des Staates gefährden würde, ist aus ihrer Sicht nicht relevant. Jedoch besteht trotzdem die Möglichkeit, die Forderung nach Rückkehr mit der Motivation zu erheben, über die Veränderung der Mehrheitsverhältnisse Israel als jüdischen Staat abzuschaffen.³ Für die israelische Seite war dies der Grund, Rückkehrforderungen der Palästinenser*innen bisher abzulehnen. Darüber hinaus unterschlagen Positionen, die für ein Rückkehrrecht der Palästinenser*innen eintreten oft, dass im Zuge der israelischen Staatsgründung auch rund 850.000 Jüdinnen*Juden in der arabischen Welt und Iran enteignet und vertrieben wurden, von denen die überwiegende Mehrheit Aufnahme in Israel fand.

Letztendlich ist diese Forderung nach Rückkehr für eine auf Ausgleich ausgerichtete Politik kontraproduktiv. Sie ermöglicht es radikalen Kräften auf beiden Seiten, die Palästinenser*innen als (demographische) Waffe zu interpretieren und steht darüber hinaus der Integration von Palästinenser*innen in den Nachbarländern im Weg.

- 2 UNO-Flüchtlingshilfe: → t.ly/v2SRi
- 3 BDS-Mitgründer Omar Barghouti hat das unter anderem so formuliert: "If the refugees were to return, you would not have a two-statesolution, you'd have a Palestine next to a Palestine, rather than a Palestine next to Israel", siehe > t.ly/pKeFm (ab Minute 4:56)



Allen drei bewusst vage gehaltenen Kernforderungen der BDS-Bewegung ist also gemein, dass sie einen weiten Interpretationsspielraum bieten. Damit sind sie anschlussfähig an sehr unterschiedliche gesellschaftliche und politische Positionen und Gruppen.

Eine Kontrolle darüber, wie diese Forderungen zu interpretieren sind und welche Art der Bezugnahmen die richtige ist, gibt es aufgrund der dezentralen Netzwerkstruktur nicht. Sie obliegt den jeweils einzelnen Gruppen und Personen, die sich auf den Aufruf beziehen.

Die Forderungen mögen je nach Auslegungsart zwar nachvollziehbar sein, sind jedoch nicht auf Kompromiss, Aussöhnung und Koexistenz ausgelegt, sonders stellen potenziell selbst Mittel zur Fortführung oder Eskalation des Konfliktes dar.

METHODEN VON BDS

18



Neben den inhaltlichen Forderungen und ihrer jeweiligen Interpretation spielt auch eine Rolle, wie BDS-Aktivist*innen die im Aufruf formulierten Methoden handhaben.

Den Kern aller BDS-Aktivitäten bilden Boykotte und Boykottaufrufe. Diese sind in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen zu finden:

- Ökonomischer Boykott
- Kultureller Boykott
- Akademischer Boykott
- Boykott von Dialogund Friedensinitiativen

ÖKO-NOMISCHER BOYKOTT

BDS ruft zum Boykott von Firmen und Produkten auf. Welche genau ins Visier von Boykottmaßnahmen geraten, ist unterschiedlich. Manche Aktivist*innen boykottieren Waren und Unternehmen, die in den besetzten Gebieten hergestellt werden bzw. dort produzieren oder beispielsweise Kaufhäuser, die entsprechende Waren verkaufen. Andere rufen dazu auf, auch solche Firmen zu boykottieren, die auf israelischem Staatsgebiet tätig, oder mit israelischen Institutionen verbunden sind. So ruft BDS beispielsweise dazu auf, den Sportartikelhersteller Puma zu boykottieren, weil dieser der Hauptsponsor des israelischen Fußballverbandes ist, in dem auch israelische Vereine aus Orten in den besetzten Gebieten Mitglied sind.



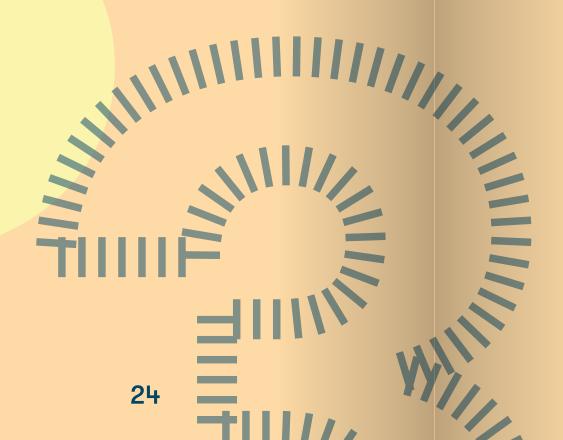
KULTURELLER BOYKOTT

BDS setzt weltweit Künstler*innen unter Druck, nicht in Israel aufzutreten und ruft dazu auf. diejenigen zu boykottieren, die sich diesem Aufruf verweigern. Auch internationale Festivals, die mit israelischen Organisationen (z. B. bei der Anreise) kooperieren, werden dazu aufgerufen, diese Zusammenarbeit zu beenden. Der deutsche BDS-Ableger forderte dies beispielsweise vom jährlich in Berlin stattfindenden Pop-Kultur-Festival, weil die israelische Botschaft einen geringen Zuschuss für die Teilnahme israelischer Künstler*innen beisteuerte. In manchen Fällen geraten auch jüdische Künstler*innen in den Fokus von BDS. So wurde der US-amerikanische jüdische Musiker Matisyahu 2015 vor einem Auftritt bei einem Festival in Spanien als einziger aller Teilnehmenden dazu aufgefordert, eine propalästinensische Erklärung abzugeben.



AKADEMI-SCHER BOYKOTT

BDS ruft dazu auf, Kooperationen mit israelischen Universitäten und Wissenschaftseinrichtungen aufzukündigen. Dieser Boykott wird zudem auch immer wieder auf einzelne israelische Wissenschaftler*innen ausgeweitet. So wurde beispielsweise die israelische Psychologin Shifra Sagy 2018 von einer Konferenz in Südafrika ausgeladen – obwohl sie sich seit Jahrzehnten für Frieden zwischen Israelis und Palästinenser*innen einsetzt.



BOYKOTT VON DIALOG- UND FRIEDENS-INITIATIVEN

BDS-Aktivist*innen rufen immer wieder auch dazu auf, Organisationen und Formate zu boykottieren, in denen sich Israelis und Palästinenser*innen auf Augenhöhe begegnen. Oft werden diese mit dem Argument abgelehnt, sie seien ein Bestandteil von "Normalisierungsbestrebungen". Dies traf 2020 den palästinensischen Journalisten und Friedensaktivisten Rami Aman, Nachdem eine BDS-Aktivistin Hamas-Behörden darauf aufmerksam gemacht hatte, dass Aman im Rahmen des Projektes "Skype with your Enemy" Gespräche zwischen palästinensischen und israelischen Jugendlichen organisierte, wurde er monatelang inhaftiert und gefoltert, sowie zur Scheidung von seiner Ehefrau, der Tochter eines Hamas-Funktionärs, genötigt.5

IST BDS ANTI-SEMITISCH?

Zwei Positionen



Alex Feuerherdt ist freier Publizist und lebt in Köln. Er arbeitet schwerpunktmäßig zu den Themen Israel, Nahost, Antisemitismus und Fußball und schreibt regelmäßig unter anderem für die Jüdische Allgemeine, n-tv.de, die Jungle World und das Portal MENA-Watch. Gemeinsam mit dem Wiener Politikwissenschaftler Florian Markl hat Feuerherdt ein Buch zum Thema BDS

geschrieben, das im November 2020 im Verlag Hentrich & Hentrich erschienen ist: "Die Israel-Boykottbewegung – Alter Hass in neuem Gewand".



Das vollständige Interview mit Alex Feuerherdt können sie hier auf unserem Blog nachlesen. https://bsaf.info/feuerherdt Debatten um BDS werden in Deutschland immer wieder erbittert und kontrovers geführt – und kreisen zumeist um die Frage, ob/wie antisemitisch BDS ist. Wir haben zwei Experten um Einschätzung gebeten, um zumindest einen Ausschnitt aus den vielen unterschiedlichen Positionen rund um das Thema BDS abzubilden.



Dr. Hanno Loewy, geboren 1961 in Frankfurt am Main, hat Germanistik, Theater-, Film- und Fernsehwissenschaften und Kulturanthropologie studiert und über Béla Balázs und die Entstehung der Filmtheorie promoviert. Von 1995 bis 2000 war er Gründungsdirektor des Fritz-Bauer-Instituts in Frankfurt am Main, seit 2004 ist er Direktor des Jüdischen Museums Hohenems in Öster-

reich. Von 2011 bis 2017 war er Präsident der Association of European Jewish Museums. Von Loewy stammen zahlreiche Publikationen und Ausstellungen zur jüdischen Geschichte und Gegenwart, zur Geschichte des Holocaust und zur Geschichte von Fotografie und Film.



Das vollständige Interview mit Hanno Loewy können sie hier auf unserem Blog nachlesen. https://bsaf.info/loewy

Foto Dr. Hanno Loewy: Dietmar Walser, Hohene

"Inwiefern stufen Sie BDS als antisemitisch ein?"

Alex Feuerherdt "BDS dämonisiert und delegitimiert Israel, misst den jüdischen Staat mit anderen Maßstäben als jedes andere Land dieser Welt und negiert sein Existenzrecht. Die Bewegung erfüllt sämtliche Kriterien aller seriösen Antisemitismusdefinitionen, etwa die der IHRA.

Aber nicht nur das: BDS ist auch ein Angriff auf das Judentum. Unabhängig von der Politik der jeweiligen israelischen Regierung fühlt sich eine große Mehrheit auch der Jüdinnen und Juden außerhalb Israels dem jüdischen Staat eng oder sehr eng verbunden. Denn er ist ihre Lebensversicherung gegen den grassierenden Antisemitismus außerhalb Israels, ein Ausdruck jüdischer Souveränität – und ein wichtiges, wenn nicht sogar das wichtigste Symbol des zeitgenössischen Judentums.

BDS zielt auf das Ende des jüdischen Staates, damit richtet sich die Bewegung auch gegen die große Mehrheit der heute lebenden Jüdinnen und Juden weltweit und gegen eine wesentliche Komponente jüdischer Identität. Das ist antisemitisch."

Die zentralen Forderungen sind widersprüchlich: die Kernforderung nach der Befreiung "arabischen Landes" widerspricht der Forderung nach Gleichberechtigung – und ist Ausdruck eines nationalistischen Anspruchs auf das gesamte Territorium. Das Land, um das es geht, war aber in seiner Geschichte die Heimat der unterschiedlichsten Völker und Individuen. Und es gibt daher weder einen quasi natürlichen noch einen religiösen Anspruch auf exklusive Souveränität.

Die Mittel zur Erreichung der BDS-Forderungen sind zum Teil toxisch: sie vergiften die Kommunikation und die Möglichkeit einer Zusammenarbeit. Das gilt vor allem für die Formen kulturellen Boykotts, die sich (trotz des Postulats, auf staatliche Einrichtungen bezogen zu sein) vorwiegend gegen jüdische Individuen richten.

BDS erweist sich aber nicht zuletzt als Mittel der Einschüchterung gegenüber Palästinenser*innen, die an jeder Zusammenarbeit mit Israelis gehindert werden sollen. Jeder Versuch, gemeinsame Strukturen aufzubauen, die Auswege aus dem nationalistischen Patt beider Seiten eröffnen könnten, wird so torpediert."

FAZIT

Die BDS-Kampagne ist seit 2005 international aktiv. Viel erreicht hat sie wohl nicht – und auch ihrem Ziel, Israel international zu isolieren und besonders wirtschaftlich unter Druck zu setzen, ist sie trotz prominenter Unterstützung durch Stars wie Roger Waters nicht nähergekommen. Und auch Teilerfolge ihrer Aktivist*innen haben die Lage der Palästinenser*innen weder in den besetzten Gebieten noch in ihren Aufnahmeländern verbessert.

Ganz im Gegenteil: Mit der Ausweitung der Boykottforderungen vor allem auf israelische, stellenweise sogar jüdische Individuen und dem geringen, meist sogar ausbleibenden Widerspruch gegen antisemitische Positionen in den eigenen Reihen, sowie mit der Sabotage von Friedens- und Dialogprojekten, hat BDS vielmehr dazu beigetragen, durchaus berechtigte Forderungen der Palästinenser*innen pauschal mit Antisemitismus und der Vernichtung Israels in Verbindung zu bringen.

Damit hat BDS nicht nur radikalen (pro-)palästinensischen Kräften eine internationale
Plattform geboten, sondern auch (ultra-)nationalistischen Positionen in Israel jede Menge Argumentationsstoff geliefert, einen Ausgleich mit den Palästinenser*innen grundsätzlich abzulehnen und Angst und das Gefühl von Isolation in der israelischen Bevölkerung hervorzurufen.

WEITER-FÜHRENDE INFOR-MATIONEN

Bücher

Meron Mendel: Über Israel reden. Eine deutsche Debatte Kiepenheuer & Witsch 2023

Meron Mendel, Saba-Nur Cheema, Sina Arnold (Hg.): Frenemies. Antisemitismus, Rassismus und ihre Kritiker*innen Edition Bildungsstätte Anne Frank, Verbrecher Verlag 2022

Publikationen

Safer TikTok. Strategien im Umgang mit Antisemitismus und Hassrede auf TikTok (2023)

Antisemitismus im Netz. Eine Argumentationshilfe (2022)

Weltbild Antisemitismus. Didaktische und methodische Empfehlungen für die pädagogische Arbeit in der Migrationsgesellschaft (2013)

Diese und weitere Publikationen sind kostenfrei abrufbar unter

→ bs-anne-frank.de/mediathek/ publikationen

Veranstaltungen

75 Jahre Israel: Palästinensische und jüdisch-israelische Perspektiven auf die Staatsgründung Ein Gespräch zwischen Meron Mendel und Alena Jabarine (2023)

Dieser und weitere Mitschnitte von Veranstaltungen sind abrufbar auf dem Youtube-Kanal der Bildungsstätte Anne Frank



Zum Youtube-Kanal der Bildungsstätte Anne Frank

Bildungs- und Informationsangebote der Bildungsstätte Anne Frank

Als Zentrum für politische Bildung entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken.

Projekte

Radikale Reflexion – Nachhaltige Präventionsstrategien gegen vereinfachte Weltbilder und Antisemitismus in der extremen Linken

→ www.bs-anne-frank.de/

Kompetenznetzwerk Antisemitismus

Als Teil des Kompetenznetzwerk Antisemitismus (Kompas) gehört die Bildungsstätte Anne Frank zu den fünf bundesweit tätigen Organisationen mit langjähriger Erfahrung in der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit und der Beratung von Betroffenen sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle.

→ www.kompetenznetzwerkantisemitismus.de

KONTAKT

- M info@bs-anne-frank.de
- **T** +49 (0)69 56 000-20
- → www.bs-anne-frank.de

Bildungsstätte Anne Frank Hansaallee 150 60320 Frankfurt am Main

- f bildungsstaette.anne.frank
- t BS_AnneFrank
- **o** bsannefrank
- **b**sannefrank
- Bildungsstätte Anne Frank

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.



